

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1.50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rblestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Zur gewerkschaftlichen Organisationsfrage

F. K. Der Leipziger Gewerkschaftskongress beschloß mit 4,8 Millionen gegen 1,9 Millionen Stimmen, daß „eine grundlegende Änderung der bisherigen Gewerkschaftsform und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechtes“ notwendig sei und er beauftragte, von dieser Anschauung ausgehend, „den Vorstand und Ausschuß des ADGB, in kürzester Frist eine Vorlage auszuarbeiten, die einen organischen Aufbau von Industrieverbänden, deren Abgrenzung usw. vorsieht. Diese Vorlage ist zunächst den beteiligten Gewerkschaften zur weiteren Beratung zu überweisen.“ In „kürzester Frist“ sollte die Vorlage ausgearbeitet werden. Es sind indessen bald drei Jahre verstrichen, aber den beteiligten Gewerkschaften ist noch immer nichts von der Vorlage bekannt. Man weiß nur, daß im Schoße des ADGB eine Kommission gebildet wurde, die sich mit einer solchen Vorlage abmüht. Wir bedauern, daß die Kommission noch immer nicht zum Abschluß ihrer Beratungen gekommen ist. Die Sache, die sie zu behandeln hat, ist so wichtig, daß sie längst vor den Mitgliedern hätte sein müssen, damit diesen genügend Zeit zu einer gründlichen Aussprache bliebe.

Wir tranken an einer Teilnahmslosigkeit des Mitgliederstammes an den Problemen, die der Gewerkschaft gestellt sind. Sein Tun und Denken wird mehr, als es gut ist, von Wertedingen verbräutet. Seine Zusammenkünfte sind faßl, eintönig, zu unendlich geworden; zu einem Hochflug des Geistes, der allein den Gewerkschaftskörper baut, kommt es kaum noch. Die Ursachen, die zu diesem Stande der Dinge geführt haben, sind gewiß mannigfaltig. Doch ist deren eine, und sicherlich nicht die mindeste, daß Reich und Glied nicht in dem Maße, wie es unerlässlich und auch möglich ist, zur Beratung und Beschlussfassung kommt, daß sich deren Schwerpunkt von dem breiten, alles tragenden Grunde zu den Spitzen, zu den Leitungen und Kongressen verschoben hat und daß selbst diese letzteren vermöge ihrer Zusammensetzung und des Mangels an gezielender Vorbereitung durch die Mitgliedschaften nur in beschränktem Maße als Willensausdruck des Mitgliederstammes gelten können. Durch die Dinausschiebung des Schwerpunktes auf die kleinen Spitzen ist unter im breiten Grunde ein Vakuum entstanden, in dem sich mangels etwas besserer, geistiger Leblosigkeit mit Eintönigkeit und Gleichgültigkeit breit macht. Die Gewerkschaftsbewegung braucht künftig aber noch mehr als bislang der „funktionellen Demokratie“, das ist der größtmöglichen Anteilnahme der Masse am Denken, Verarbeiten und Beschließen. Zur Erfüllung dieser Notwendigkeit sollte keine Gelegenheit unbenutzt gelassen werden. Und eine solche recht probate Gelegenheit wäre, wie schon gesagt, die jetzt im Vordergrund stehende Frage der gewerkschaftlichen Organisationsform. Eine lebhaftere Anteilnahme des Mitgliederstammes an diesem wichtigen Problem wie an den andern, die zur Lösung stehen, ist sehr notwendig. Denn wie auch schließlich der Breslauer Kongress die Organisationsfrage entscheidet, sein Beschluß hätte ein ganz anderes Gewicht und würde so oder so sich viel günstiger auswirken, wenn er auf Grund einer gründlichen Aussprache der Allgemeinheit der Mitglieder zustande gekommen wäre. Eine solche Aussprache aber bedarf der Zeit, der Ruhe, der Muße zum Durchdenken. Darum ist es zu bedauern, daß die Kommission, die zur Ausarbeitung einer Vorlage für die Organisationsform eingesetzt ist, mit ihrer Tätigkeit nicht längst zum Abschluß gekommen ist.

Die Wahlversammlungen mit der Aufstellung der Kandidaten für Breslau beginnen. In diesen Zusammenkünften wird, wie leicht begreiflich, die Streitfrage: Industrieorganisation oder Berufsverband? eine große Rolle spielen. Die Aussprache würde sich auf festerem Boden bewegen und ein praktischeres Ergebnis haben können, wenn ihr die Frucht der Kommissionsarbeit zugrunde läge. Vielleicht wird sie uns bald bescheidet. In dieser Erwartung wollen wir uns heute damit bescheiden, kurz den Kern der Aussprüche darzulegen, die neuerdings in der Gewerkschaftspressen in dieser Sache erschienen sind. Diese Darlegung darf jedoch nicht als Vorbestimmung unserer eigenen Stellungnahme aufgefaßt werden, denn mit dieser glauben wir bis zum Erscheinen der Kommissionsvorlage warten zu sollen.

Soweit wir zu sehen vermögen, liegen bis jetzt drei mehr oder weniger verschiedene Ansichten zu der Organisationsfrage vor, und zwar von den Genossen Larnow, Zwing und Dittmann. Heute sei der beiden ersten gedacht. Genosse Larnow hat seine Ansicht in einer kleinen Schrift „Das Organisationsproblem im ADGB, Verlag des Holzarbeiter-Verbandes“ zusammengefaßt niedergelegt. Er vertritt im großen ganzen noch die Meinung, der er als einer der beiden Hauptredner des Leipziger Kongresses war, das heißt, er hält es für besser, es bei dem heutigen Zustand zu belassen. Allerdings empfiehlt er auch den Zusammenschluß der der gleichen Industrie angehörenden Berufsverbände zu einem Industrieverband, aber er möchte den Zusammenschluß von der „Entwicklung entwickeln“ lassen, zumal ja noch nicht ein klares, streitverhütendes Prinzip gefunden sei, wonach sich der Zusammenschluß in Industrieorganisationen vollziehen könne. Deren Verfechter hätten ein solches Prinzip noch nicht aufzuzeigen vermocht, es werde ihnen zurzeit auch unmöglich sein. Wenn man immer die Arbeiter in der Industrieorganisation zusammenfassen wolle, die „an der Herstellung eines Produktes gemeinsam beschäftigt“ seien, so bleibe die Frage, welches die Merkmale eines Produktes seien, an dessen Herstellung mitzuarbeiten zu gemeinsamer Organisation verpflichtet. Sei der eiserne Träger in diesem Sinne bereits ein Produkt oder könne man erst das Bauwerk, in dem er verlegt wird, ein Produkt nennen? In dem einen Falle würden die betreffenden Walzwerkarbeiter zur

Metallindustrie, im andern zum — Baugewerksbund gehören. Gehöre der Gummirreifen zum Produkt „Fahrrad“, oder sei er ein selbständiges Produkt? Und welche Folgen ergäben sich für die Organisationszugehörigkeit aus der Fahrrad-Verzeugung, dieser Lebern, die doch sitz und fertig aus der Lederwarenfabrik bezogen werde, wenn erstens eine solche Fabrik selbständig sei, wenn zweitens sie von dem Fahrradwert aufgelauft werde, wenn zum dritten Einrichtungen und Belegschaft aus der Lederwarenfabrik räumlich in die Fahrradfabrik genommen würden? Man könne da hinsichtlich der Zugehörigkeit, je nach dem angenommenen Prinzip, zu verschiedenen Ansichten kommen. Das kann man, so möchten wir befügen, allerdings, womit indessen etwas ganz anderes, aber nichts gegen die Industrieorganisation beweisen ist. Schon deswegen nicht, weil sich solche Beispiele auch in engebegrenzten Berufsvereinen finden lassen, ohne daß diese dadurch unmöglich sind.

Was nun aber, fragt Genosse Larnow, wenn man, wie es den Anschein habe, sich in Breslau nicht auf die Umwandlung in Industrieverbände einigen könne? Niemand wolle — und man dürfe auch um die Einheit des ADGB willen nicht — einen Zwang auf die dem Zusammenschluß widerstrebenden Gewerkschaften ausüben. Sollen man den Leipziger Beschluß auf neue bestätigen und ohne Festlegung auf Zwangsmittel alles weitere der Entwicklung überlassen? Damit sei es jedoch aus bestimmten Gründen nicht getan. Es müsse aber eine Lösung geben, die ein gezieltes Zusammenleben allen Gliedern des ADGB gestatte und seinen weiteren Ausbau ermögliche. Die Lösung sieht Genosse Larnow in der Erweiterung des Aufgabenkreises des ADGB. Hier lägen noch große Entwicklungsmöglichkeiten.

Daß Genosse Larnow nach einer Lösung des gewiß nicht einfachen — und durch ihn nicht klarer gewordenen — Problems sucht, ist dankenswert; aber in seinem Vorschlage vermögen wir eine Lösung nicht zu erblicken. Heute sei dagegen nur gesagt: Der Vorschlag kann die großen Mängel nicht beseitigen, scheint eher zu ihrer Verstärkung geeignet. Die Erweiterung des Aufgabenkreises des ADGB wird, wie alle Zeichen annehmen heißen, schon von der wirtschaftlichen und sonstigen Entwicklung gefördert. Die bestmögliche Ausfüllung des Aufgabenkreises aber ist durch unselbständige, von oben her mehr oder weniger bürokratisch verwaltete Sektionen nie und nimmer zu bewerkstelligen. Dazu bedarf es organisatorisch, geldlich und vor allem geistig lebendiger gewerkschaftlicher Einheiten, und diese dreieckige Stärke ist nur zu erreichen durch Organisationen, denen die Arbeitsfreude nicht durch Beschränkung ihrer Freiheit und Selbständigkeit vergrößert wird. Die Umwandlung in unselbständige, von einer berufsständischen Instanz abhängige Sektionen ist nicht, wie Genosse Larnow meint, leicht zu ertragen, sondern ist in jedem Betracht untragbar.

Der Genosse Zwing trägt (im Maiheft des Gewerkschafts-Archivs) durch einen Aufsatz sehr zur Klärung des Problems bei. Er schreibt, die leitende Idee in dem Suchen nach Veränderung der gewerkschaftlichen Organisationsform dürfe darin zu erblicken sein, daß man der Überzeugung geworden ist, mit dem bisherigen Berufsverband sei die neue gewerkschaftliche Wirtschaftsproblematik nicht zu lösen. Aber der jetzige Kampf um die gewerkschaftliche Organisationsform sei wegen der noch ungenügend entwickelten inneren Solidarität noch nicht zur Entscheidung reif. Jedenfalls wäre es gefährlich, diesen Kampf durch Mehrheitsbeschlüsse beenden zu wollen. Eine Sprengung der ganzen gewerkschaftlichen Einheit wäre die unausweichliche Folge. Auch hält Genosse Zwing bei Befürwortern des Industrieverbandes die innere Solidarität noch nicht besonders entwickelt. Manche dürften bei ihrem Streben weniger an neue gewerkschaftliche Funktionen als an neue gewerkschaftliche Größenverhältnisse denken. Das Entscheidende für den Industrieverband müsse ein höheres, gemeinsames Interesse sein. Das Streben nach Industrieverband müsse auch eine große leitende Idee haben und dürfe nicht nur eine Umorganisation der Massen durch Zertrümmern anderer gewerkschaftlicher Verbände darstellen. Der Industrieverbandsgedanke habe die geistigen Kräfte zu einer vollständigen Gedankenumsstellung innerhalb der Gewerkschaften zu entwickeln. Vollbringe er dies, dann habe er eine Großtat in der Höherentwicklung der Arbeiterklasse vollbracht. Freilich hätten auch heute, bei der Vorherrschaft der industriellen Konzentration, die Berufsverbände noch eine gewisse Berechtigung; aber Einzelberuf und Berufsgebände könne weder die neue gewerkschaftliche Wirtschaftsproblematik lösen, noch die neu erstandenen Funktionen der Gewerkschaften schöpferisch mit Leben füllen. Dies vermöge nur das Industrieverbandsprinzip.

Somit meint, wie wir glauben, Genosse Zwing, daß es der Gewerkschaftsbewegung noch an innerer Solidarität und an schöpferischer geistiger Kraft gebreche, und die Beseitigung dieser Mängel vermöge nur eine vom Industrieverbandsgedanken erfüllte Arbeiterschaft zu vollbringen. Darum müsse dieser Gedanke gepflegt, der Industrieverband verwirklicht werden, freilich nicht durch Mehrheitsbeschlüsse, sondern durch Wandlung des Geistes der Gewerkschaftsmasse. Diese Meinung, wogegen schwerlich etwas einzumenden sein wird, ist der reiflichen Erörterung und Vertiefung wert. Aber nicht weniger erwägenswert dünkt uns die Frage, ob nicht eben im Industrieverband schneller und allgemeiner die Gruppeneigenschaften in innere Solidarität und der Gedankenkreis in höhere Geistigkeit zu wandeln sind.

Technische Entwicklung und Arbeiterschaft

Die Bemühungen der Unternehmer, die zur Hebung der deutschen Wirtschaft notwendige Steigerung und Verbilligung der Produktion lediglich durch Arbeitsverlängerung und Lohnabbau zu erreichen, sind gescheitert. Das Unternehmertum hat eine Enttäuschung erfahren. Es mußte erkennen, daß die Schwächung der Gewerkschaften durch Inflation und Wirtschaftskrisis nicht so groß war, um die Arbeiter widerstandslos und ohne Aussicht auf Erfolg unter das ihnen zugeordnete Joch zu beugen. Die Lohnherabsetzungen wurden abgewehrt und die in verschiedenen Industrien von den Unternehmern durchgesetzte Verlängerung der Arbeitszeit war von ihnen nur unter dem Zugeständnis von Lohnerhöhungen zu erreichen. Aber auch die Arbeitszeitverlängerung bröckelt mehr und mehr ab. Allgemein setzt sich unter dem Einfluß der wieder ersparenden Gewerkschaften die Rückkehr zum Achtstundentag durch.

Unter diesen Umständen bleibt, wenn die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber der des Auslands herbeigeführt werden soll, dem Unternehmertum nichts anderes übrig, als die für diesen Zweck von den Gewerkschaften empfohlenen Mittel anzuwenden: ihre Betriebe durch organisatorische und technische Verbesserungen leistungsfähiger zu machen. Nach den Behauptungen der Unternehmer war dieser Weg ungangbar, der Mangel an Betriebskapital zu groß, um auf ihm erfolgreich zu sein. Nur die Arbeiter könnten durch Einschränkung ihrer Lebenshaltung, emsigere Arbeit die für einen Erfolg erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Wie sehr die Gewerkschaften im Recht waren, wenn sie sich den Forderungen des Unternehmertums widersetzen, wird durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Monaten bewiesen. Das Unternehmertum ließ es bekanntlich an Schwarzmalerei nicht fehlen. Seinen Angaben nach befand sich die deutsche Wirtschaft in fortgeschrittenem Niedergange, war die Lage der Industrie nahezu trostlos. Sehr im Gegensatz dazu standen freilich die Bilanzen der großindustriellen Unternehmungen, die trotz aller angewendeten Verschleierungskünste ganz beträchtliche, zum Teil den Friedensstand erheblich übersteigende Gewinne feststellen ließen. Und noch deutlicher erwies sich die Unfähigkeit der kapitalistischen Zerknirschungen in dem zunehmenden Auftragsbestand der Industrie, ihrer wachsenden Beschäftigung und der Abnahme der Erwerbslosigkeit. Das Unternehmertum hatte wieder einmal gesunkert.

Die gleiche Tatsache geht aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten hervor, wonach die Industrie gegenwärtig allgemein dahin trachtet, sich von ihrer organisatorischen und technischen Rückständigkeit freizumachen und den Vorprung einzuholen, den die Industrie des Auslands der deutschen bisher voraus hatte. Insbesondere dienen diesem Zwecke: Abkürzung des Weges vom Rohstoff zur Fertigware, Verbesserung der maschinellen Ausrüstung, Ausnutzung aller Betriebsmittel bis zum Äußersten, Umstellung auf Massenauferfertigung unter gleichzeitiger Beschränkung der Arten und Formen, was eine erweiterte, bis ins kleinste gehende Arbeitsteilung mit sich bringt. Große Firmen suchen mit Erfolg die neuesten Erfindungen auf chemischem und technischem Gebiet für ihren Betrieb auszuwerten, indem sie besondere wissenschaftliche Abteilungen schaffen, deren Aufgabe es ist, die Rohstoffe und Betriebsmittel, sowie deren bessere Ausnutzung zu untersuchen und alle Maßnahmen zu einer auf wissenschaftlicher Grundlage zu bewerkstelligen Durchführung des Arbeitsgangs vom Rohstoff zur Fertigware zu studieren. Andere Firmen geben zur Umstellung ihrer Erzeugung auf andere Fabrikate über. Die Textilindustrie insbesondere sucht sich der geunkener Kaufkraft der Bevölkerung durch Neuaufnahme der billigeren Bedarfs- oder Verbrauchsgegenstände ihres Fabrikationszweiges anzupassen. Der Weg der Fertigwaren vom Erzeuger zum Verbraucher wird durch Ausschaltung des Zwischenhandels verkürzt, die Kellere ausgebaut und verstärkt. Hinzu kommt die Zusammenfassung gleichartiger Unternehmungen oder ganzer Berufsgruppen zur Hebung des Absatzes sowie die Bildung von Arbeits- und Interessengemeinschaften zur Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbs, zur Verständigung über Art und Form der von jedem beteiligten Betriebe herzustellenden Erzeugnisse, gemeinsamen Bezug von Rohstoffen, gegenseitige Lieferung von Halbfabrikaten, gesteigerte Massenauferfertigung usw.

Alle diese Maßnahmen, die durch Einführung neuer, der Massenerzeugung dienender Maschinen ergänzt werden, liefern den Beweis, daß der deutsche Kapitalismus über alle die Mittel verfügt oder sich zu verschaffen versteht, den Wettbewerb mit dem Auslande anzunehmen. Damit vollzieht sich eine wirtschaftliche Umwälzung von erheblicher, noch nicht abzusehender Tragweite. Hier und da werden bereits Befürchtungen über die voraussichtlichen Wirkungen dieser Entwicklung laut. Selbst in der Arbeiterpresse finden sich Betrachtungen, die anknüpfend an die Einführung arbeitssparender Maschinen oder neuer Arbeitsverfahren das Eintreten von Massenarbeitslosigkeit, die Ausschaltung der gelernten Arbeiter usw. in Aussicht stellen. Der Ausgangspunkt dieser Betrachtungen ist, daß die Einführung arbeitssparender Maschinen im Dienste des kapitalistischen Unternehmens, alle der Beschleunigung der Produktion dienenden neuen Arbeitsverfahren Arbeiter überflüssig machen sollen und so dazu beitragen, die vorhandene industrielle Reservearmee zu vermehren, als auch die Lage der Arbeiterklasse zu verschlechtern.

In derart allgemeiner Formulierung ist diese Auffassung jedoch nicht richtig. Wäre es der Fall, so müßten die Arbeiter jeden wissenschaftlichen und technischen Fortschritt zu

berhindern suchen. Das hätte den Misfall in jene Zeit zur Folge, wo die Arbeiter die Maschine als ihren Feind betrachteten und in deren Fortschritt ihr Heil erblickten. Darüber sind jedoch die organisierten Arbeiter hinaus. Sie wissen, daß nur die fortschreitende organisatorische und technische Entwicklung, die zur größten Vollkommenheit entwickelte Produktion das Ende des Kapitalismus und damit die Verwirklichung der sozialistischen Ideale bringen kann. Die Arbeiter wissen aber auch, daß die Verbesserung ihrer Lebenshaltung von einer Steigerung der Produktion abhängig ist, ohne daß diese Steigerung Arbeiter überflüssig zu machen braucht, ja das Gegenteil herbeiführen kann. Diese Auffassung wird durch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte bestätigt.

Wissenschaft und Technik hatten in dieser Zeit ungeheure Erfolge aufzuweisen. Das zeigt besonders deutlich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland vor dem Kriege. In der Zeit von 1882 bis 1914 steigerte sich die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschinen von 9,8 auf 78,0 Millionen Pferdekraft. Desgleichen stieg von 1895 bis 1907 die Zahl der Motorenbetriebe von 139 700 auf 233 400, die Leistungsfähigkeit der Motoren von 3,8 auf 8,0 Millionen P. S., denen sich noch elektrische Motoren mit 1,3 Millionen K. W. zugesellen. Trotz dieser gewaltigen Entwicklung der Produktivkräfte und Steigerung der Produktion nahm die Zahl der Arbeiter keineswegs ab, sondern wuchs von 1882 bis 1914 von 5,9 auf 10,3 Millionen. Die Auswanderung ging in der gleichen Zeit im Jahresdurchschnitt von 134 242 auf 19 720 zurück. Industrie und Landwirtschaft vermochten ihren Arbeiterbedarf nicht zu decken, so daß noch nahezu 1 Million ausländische Arbeitskräfte Verwendung finden konnten.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der angeblichen Verdrängung gelehrter Arbeitskräfte durch Maschinen und Massenproduktion. Richtig ist, daß auf den Gebieten, wo sie die handwerkliche Produktion erreichten, gelehrte wie ungelernete Arbeitskräfte überflüssig wurden. Im wesentlichen handelt es sich hierbei meist nur um Umschichtungen und Verschiebungen, die unvermeidlich sind. Eine Abnahme der gelehrten Arbeiter tritt in der Regel nicht ein, denn die der Massenproduktion dienenden Maschinen erfordern für ihre Herstellung und Instandhaltung ebenfalls gelehrte Arbeitskräfte. Ferner ruft jede Massenerzeugung zahlreiche vorher nicht vorhandene Bedürfnisse hervor, die zum großen Teil wiederum gelehrte Arbeiter notwendig machen. Welche Beschränkungen wurden z. B. durch die Erfindung der Segelmachine, der Wildhauerbohrmaschine, der Autotypie, der automatischen Maschinen in einer Reihe von Industrien usw. ausgelöst. Sie blieben gegenstandslos; die Nachfrage nach gelehrten Arbeitern ist heute stärker als je.

Das beweist, daß man sich vor einer oberflächlichen Beurteilung, die einzelne Vorgänge verallgemeinert, hüten muß. Das Produktionsproblem kann nur im Zusammenhang mit dem Absatzproblem richtig beurteilt werden. Selbstverständlich dürfen die Arbeiter der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung nicht gleichgültig gegenüberstehen. Sie müssen die sich hier abspielenden Vorgänge sehr aufmerksam verfolgen und allen sich daraus ergebenden Schädigungen sofort und nachdrücklich entgegenreten. Das können sie nur durch straffere gewerkschaftliche Organisation, deren Bedeutung mit dem Fortschreiten der kapitalistischen Entwicklung fortgesetzt zunimmt.

Attinat.

Aus dem Reichstag

Die Reichspräsidenten der bayrischen Volksgerichte, die in dem weitaus größten Entschluß hervorgegangen sind, stand im Reichstag zur Erörterung. Die Sozialdemokratie hatte einen Antrag eingebracht, wonach gegenüber den Urteilen dieser Gerichte das Wiederanrufungsverfahren zulässig sein soll. In der Begründung dieses Antrags wies der sozialdemokratische Redner darauf hin, daß die bayrischen Volksgerichte, die als Anrufungsgerichte ins Leben gerufen seien, noch jahrelang fortgeführt werden sind, trotzdem die gesetzlichen Voraussetzungen für sie nicht mehr bestehen. Das Rechtsbewußtsein fordert, daß dies offensichtliche Unrecht beseitigt wird und daß jeder Verurteilte das gleiche Recht bekommt, das die übrigen Schlichter und Richter besitzen. Es ist festgestellt worden, daß in Bayern nicht Recht und Gesetz, sondern Willkür herrscht. Die Verletzung dieser Rechtsansprüche ist eine Forderung der öffentlichen Gerechtigkeit. Trotzdem der Vertreter der bayrischen Regierung erklärte, daß die Annahme des Antrags die — Hoheit Bayerns gefährde und daß überdies das Reich in der Frage der Volksgerichte gar nicht zuständig sei, wird der Antrag mit einfacher Mehrheit angenommen.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag ist seit langem ein Schmerzenskind des Reichstages. Bisheriges bietet er dem deutschen Wirtschaftlichen manche Vorteile, da er anderer Fertigkeit und Exportindustrie Absatzmöglichkeiten schafft und dadurch die Arbeitslosigkeit in zahlreichen Berufsgruppen wesentlich vermindert. Andererseits bringt er aber auch andere Wirtschaftszweige des Schutzes gegen ausländische Konkurrenz. Besonders ist es der deutsche Weinbau, der Nachteile befürchtet und deshalb eine starke Agitation entfaltet hat gegen den Handelsvertrag, der die Einfuhr spanischer Weine begünstigt. Die Winger und Weinbauern behaupten nicht mit Unrecht, daß der Abschluß ihrer Weine durch die allgemeine soziale wirtschaftliche Lage bereits sehr zurückgegangen sei und daß er durch den deutsch-spanischen Handelsvertrag auf Null sinken werde. Bei der Abstimmung stimmten die Deutschnationalen, die seit Monaten gegen den Handelsvertrag gewettert hatten, für die Annahme, während die Sozialdemokraten sich der Stimme enthielten. Sie schlugen diese Taktik ein, um den Regierungsparteien, einschließlich der deutsch-nationalen Partei, die Verantwortung für diesen unpopulären Vertrag zuzuschreiben.

Eine äußerst interessante Aussprache empfand sich bei der Beratung über den Haushalt des Reichswehrministeriums. Der Berichterstatter des Ausschusses forderte eine bessere Versorgungsmöglichkeit für die Reichswehrsoldaten, die ihre zwölf Jahre abgedient haben; er wies aber auch darauf hin, daß die Reichswehr einschließlich der Marine sehr viel Kosten verursache. (Die reine Vergebungsmaßnahme. Schriftl.) Der erste Redner, der Sozialdemokrat Schöpplin, führte aus, daß die Reichswehr ein sehr kostspieliges Instrument sei, da für Reichswehr und Marine im letzten Jahre 726 Millionen Mark ausgegeben seien, was je Kopf 4000 M. ausmache. Die Militärpensionen erforderten 135 Millionen und die Zivilversorgung 65 Millionen Mark. Die Steigerung der Militärpensionen betrug 286 Millionen Mark, die allerdings nicht auf die Reichswehr, sondern auf das alte Heer falle. Bei der Verteilung der Soldaten wird geradezu verwerflich vorgegangen. Neben 74 000 Soldaten haben wir über 20 000 Unteroffiziere und 3700 Feldwebel und dazu noch 111 Obermuffelmeister. Es wird so weit kommen, daß es in der Reichswehr überhaupt keine gemeinen Soldaten mehr gibt. Auch der Pferdebestand, über 40 000 Stück, ist viel zu hoch. Es muß sparsamer gewirtschaftet werden, besonders auch in der Reichsmarine. Die Sozialdemokratie lehnt deshalb den geforderten Vizadmiral, den Kreuzer und die fünf Torpedoboote samt Ausrüstung ab. Es ist sehr fraglich, ob die Marine überhaupt noch Wert hat oder ob ihre Beseitigung nicht angebracht erscheint. Als ein Skandal muß es bezeichnet werden, daß die Reichswehrsoldaten nicht die Farben der Republik, sondern Schwarz-Weiß tragen und daß sie sich mit Vorliebe an Organisationen und Festlichkeiten beteiligen, auf denen die Republik verhöhnt wird. Kann der Reichswehrminister hier keinen Wandel schaffen oder will er es nicht? Auch die Mitwirkung der Reichswehr bei Übungen junger Leute, die nationalpolitischen Organisationen angehören, muß verboten werden, nicht minder auch ist die Ausbildung sogenannter Zeitsfreiwilliger zu untersagen. Zum Zeichen des Mißtrauens lehnt die Sozialdemokratie das Gehalt des Reichswehrministers ab. (An der monarchistisch-reaktionären Gymnasial der Soldateska ist der hilflose Reichswehrminister jüdisch weniger schuld als die jüdischen Bolschewiken, die den Meloch wieder zu neuem Leben erwecken. Schriftl.)

Der Reichswehrminister Dr. Gessler meinte, die Höhe der Ausgaben für Reichswehr und Marine erkläre sich aus den veränderten Verhältnissen in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Es sei alles teurer geworden und außerdem haben wir viele soziale Einrichtungen geschaffen, die früher nicht vorhanden waren. Die höhere Löhnung der Offiziere hat ihre Ursache darin, daß es heute sehr schwer ist, tüchtige Offiziere zu finden. Wir stellen keine Zeitsfreiwilligen mehr ein, auch die Soldatenpioniere sei überflüssig, da unsere Jugend genügend Gelegenheit habe, sich in Turn- und Sportvereinen körperlich zu fördern. Kein vernünftiger Mensch in der Reichswehr denke an einen Krieg. Die heutige Reichswehr sei ein republikanisches Heer, sie werde zum Pflicht- und Ehrgefühl, zur Vaterlandsliebe und zur Verfassungstreue erzogen. In diesem Bestreben müssen uns alle staatsfreundlichen Parteien unterstützen.

Ein sozialdemokratischer Redner machte noch darauf aufmerksam, daß für die allermeisten Reichswehrangehörigen keine Möglichkeit bestehe, in Zivilberufen unterzukommen. Es würden davon alljährlich 1000 Mann betroffen. Eine angemessene Fürsorge für die ausscheidenden Soldaten müsse geschaffen werden. Die dafür ausgeworfenen 14 000 M. das Jahr seien viel zu gering. Es sei Pflicht des Reichswehrministeriums, den Reichswehrsoldaten eine bessere Zukunft zu sichern, damit sie nicht gezwungen seien, als Lohnbrüder für ihre Arbeitskollegen zu wirken. Damit erklärte sich ein Regierungsbekannter einverstanden. Die weitere Beratung wird bis nach Pfingsten vertagt.

Die Durchführung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Hochöfen war ein Streitgegenstand zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern. Die Arbeiter verlangten eine Verkürzung der Arbeitszeit, während die Arbeitgeber eine Verlängerung forderten. Der Reichsarbeitsminister hat sich für die Arbeiter entschieden. Er hat die Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Woche festgesetzt. Die Arbeitgeber haben sich dieser Entscheidung nicht angeschlossen. Sie haben sich weigert, die Arbeitszeit zu verkürzen. Der Reichsarbeitsminister hat die Arbeitgeber aufgefordert, die Arbeitszeit zu verkürzen. Sie haben sich weigert. Der Reichsarbeitsminister hat die Arbeitgeber aufgefordert, die Arbeitszeit zu verkürzen. Sie haben sich weigert.

Ein Schiedspruch für Hochföfenarbeiter

Die Durchführung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Hochöfen war ein Streitgegenstand zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern. Die Arbeiter verlangten eine Verkürzung der Arbeitszeit, während die Arbeitgeber eine Verlängerung forderten. Der Reichsarbeitsminister hat sich für die Arbeiter entschieden. Er hat die Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Woche festgesetzt. Die Arbeitgeber haben sich dieser Entscheidung nicht angeschlossen. Sie haben sich weigert, die Arbeitszeit zu verkürzen. Der Reichsarbeitsminister hat die Arbeitgeber aufgefordert, die Arbeitszeit zu verkürzen. Sie haben sich weigert.

Die Durchführung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Hochöfen war ein Streitgegenstand zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern. Die Arbeiter verlangten eine Verkürzung der Arbeitszeit, während die Arbeitgeber eine Verlängerung forderten. Der Reichsarbeitsminister hat sich für die Arbeiter entschieden. Er hat die Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Woche festgesetzt. Die Arbeitgeber haben sich dieser Entscheidung nicht angeschlossen. Sie haben sich weigert, die Arbeitszeit zu verkürzen. Der Reichsarbeitsminister hat die Arbeitgeber aufgefordert, die Arbeitszeit zu verkürzen. Sie haben sich weigert.

Schlichter Tätigkeit der Arbeiter eine Erhöhung der bisher gewährten Löhne einleiten zu lassen. Der Schlichtungsausschuß hat, nachdem er sich durch die Berücksichtigung des Werts ein Bild von der Arbeitsweise im Hochföfen gemacht und festgestellt hat, inwiefern die Arbeiter mehr oder weniger unmittelbar mit dem Hochföfen zu tun haben, die angeführten Vorschläge für Erhöhung der Arbeiter in neue Lohnsätze gemacht. Dabei geht er davon aus, daß die oben namentlich angeführten Arbeitergruppen mit Ausnahme der Gasmäster unmittelbar am Hochföfen arbeiten und deshalb in Löhne einzustellen sind, die für die Oberschmelzer Spitzensoldaten verdienen von Facharbeitern, für die übrigen Arbeiter Stundenverdiensten von 10b und sonstigen Facharbeitern — jeweils nach den heute üblichen Sätzen — entsprechen. Alle diese Gruppen werden auch, mit Ausnahme der Gasmäster, in dem Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 2. Mai 1925 über die Durchführung der Verordnung über die Arbeitszeit in Hochöfenwerken in den Kreis der schutzbedürftigen Arbeiter einbezogen.

Auch dies rechtfertigt eine entsprechende höhere Entlohnung. Wenn auch die Gasmäster hier in diese Regelung aufgenommen worden sind, so geschieht es mit Rücksicht auf ihre besonders verantwortungsvolle Tätigkeit. Die übrigen Arbeiter sollen mit Rücksicht darauf, daß die Aufgabe der Betriebsrichtung zu ununterbrochener, angestrengter Arbeit gezwungen sind, nicht schlechter entlohnt werden, als heute Gleicheilhaberarbeiter nach dem Vorschlag des Schlichtungsausschusses, nämlich mit 57 % in der Stunde.

Die vorgeschlagenen Sätze sollen gelten, solange die heute bestehenden Sätze in den übrigen Abteilungen des Hüttenwerks in Kraft sind. Werden diese allgemein erhöht, so müssen laut einer Vereinbarung zwischen dem Wert und der Hochföfenarbeiterschaft auch deren Löhne entsprechend erhöht werden.

Somit die Begründung. Es ist bemerkenswert, daß der Schiedspruch einstimmig gefaßt worden ist, und daß er grundsätzlich anerkennt, daß die Arbeit am Hochföfen derartig schwer und verantwortungsvoll ist, daß die Bezahlung gewisser Arbeitergruppen den Spitzensoldatenverdiensten von Facharbeitern gleichzustellen ist. Zum besseren Verständnis der mit den württembergischen Verhältnissen nicht vertrauten Kollegen sei mitgeteilt, daß nach dem Wortlaut des Kollektivabkommens für die Metallindustrie in Württemberg als „10b-Arbeiter“ alle Facharbeiter angesprochen werden, für die folgende Bestimmung gilt:

„In Betrieben mit Allorarbeit erhalten gelehrte, besonders tüchtige Facharbeiter, die auf Grund der Eigenart ihrer Beschäftigung nur in Lohn arbeiten können, mindestens 20 % über ihren Einstelllohn.“

Bei der Durchführung der Entlohnungsbestimmungen beim Übergang vom Zwei- zum Dreischichtensystem dürfte also der Wortlaut dieses Schiedspruches zweideutig sein. Bemerten wollen wir aber, daß die Firma den Schiedspruch abgelehnt, die Arbeiter ihn angenommen haben.

Wie einst im obrigkeitstaadischen Mai

Die östlichen Gefilde Deutschlands sind durch ihre reaktionäre Junkertum in der ganzen Welt berüchtigt. Der Novemberwind brachte die Junker dazu, sich einigermaßen anständig zu betragen und die Arbeiter menschenwürdig zu behandeln. Seitdem hat sich jedoch vieles geändert. Die Junker fühlen sich wieder wie einst im obrigkeitstaadischen Mai. Welchen vormärzlichen Grad ihre Gesinnung aufs neue erreicht hat, bezeugen die 21 Fragen, die — nach der W. a. M. — ein schlesischer Gutsherr an einen arbeitenden Gutsmann zur genauen Beantwortung gerichtet hat. Davon seien wir einige hierher:

- Wie lange sind Sie verheiratet?
- Wann sind Sie zum Militär eingezogen?
- Wann sind Sie vom Militär entlassen?
- Bei welchem Truppien sind Sie gewesen?
- Waren Sie verwundet gewesen, so daß Sie kriegsbeschädigt sind und daher nicht voll erwerbsfähig sind?
- In welcher Gewerkschaft sind Sie?
- Sind Sie in einer Gewerkschaft gewesen und in welcher?
- Wenn Sie in einer Gewerkschaft gewesen waren, warum sind Sie dann ausgetreten?
- Sind Sie evangelisch und auch Ihre Kinder?
- Sind Sie schon bestraft worden und aus welchem Grunde?
- Wenn im Augenblick für kurze Zeit keine Mauerarbeit ist, übernehmen Sie dann auch Lohngärtnerarbeit?
- Best Ihre Frau mit in Feldarbeit?

Weiter heißt es in dem junkerlichen Brief: „... In Ihrem Arbeitsvertrag wird mit ausgenommen, daß, wenn Sie eine gewerkschaftliche Tätigkeit betreiben, die nicht im Sinne des Arbeitgebers liegt, Sie bei großen Verlusten sofort entlassen werden, sonst innerhalb eines Monats bei Räumung der Ihnen zugewiesenen Wohnwohnung.“ Nachdem Sie mir meine Fragen gewissenhaft beantwortet haben, werde ich zunächst die Richtigkeit Ihrer Angaben prüfen und Ihnen dann schreiben, daß Sie hierher kommen, um sich persönlich vorzustellen.

Schwanowitz, Kreis Brieg. 923. v. Boyrsh.

Es ist schade, daß man aus dieser Offenbarung junkerlicher Gesinnung nicht auch erfährt, mit wieviel Pfennigen der so verhöferte Mauer abgepeit werden soll. Daß die meisten dieser Dinge, wonach hier gefragt wird, dem Arbeitgeber einen Dreck angehen, ist selbstverständlich; sicher aber ist es eines Arbeiters ureigste Sache, ob er einer Gewerkschaft angehört, inwiefern das Koalitionsrecht jeder Bürger gewährleistet ist. Wir wollen hoffen, daß der Junker an einen Arbeiter gekommen ist, der junkerliche Reugierde gebührend zu behandeln versteht.

Umdrehung = $\frac{\text{Schnittgeschwindigkeit mal } 60}{\text{Umfang}}$ oder auch $n = \frac{c \cdot 60}{d}$
 Bege wir bei diesem Beispiel die Zahlenwerte der vorigen Aufgabe zugrunde, also: $c = 157$ Millimeter die Sekunde, $d = 100$ Millimeter, dann beträgt $n = \frac{157 \cdot 60}{100} = 94,20 = 30$ Umdrehungen die Minute.
 Unter Vorbehalt versteht man die Vorwärtsschaltung des Berges oder Arbeitsrades. Der Vorbehalt ist für die Weiterbearbeitung des Arbeitsrades notwendig und wird in Millimeter angegeben. Vorbehalt und Schnittgeschwindigkeit richten sich nach der Härte des Arbeitsrades und nach der Eigenschaften des Berges. Die Schnittgeschwindigkeit wird von dem Bergeshärteabstand für die verschiedenen Stufen angegeben. Für den Dreher ist es wichtig, sie zu kennen, um die Umdrehungszahl oder den Drehmoment einzustellen zu können. Wird sie zu groß gewählt, dann wird die Schneide des Berges durch Schwingen schadhast; bei zu klein gewählter Schnittgeschwindigkeit wird die Leistungsfähigkeit der Maschine und des Berges nicht voll ausgenutzt. Das ist vornehmlich über die Schnittgeschwindigkeit festgelegt gilt hinreichend auch für den Vorbehalt. Es wird nun beim Drehen der Schnitt durch die Drehbewegung des Arbeitsrades hervorgerufen, während der Drehzahl festhält. Die Drehbewegung ist also notwendig. Der Vorbehalt oder die Schaltung geschieht am Drehtisch und verläuft entweder geradlinig oder kreisförmig.
 Es sollen jetzt, nachdem wir die Berechnungsformeln kennen gelernt haben, einige weitere Beispiele die Berechnung der Arbeitszeit veranschaulichen.
 Beispiel: Wieviel Umdrehungen in der Minute darf eine gegebene Maschine beim Abbrechen machen, wenn sie 400 Millimeter Durchmesser hat? Die Schnittgeschwindigkeit beträgt für Gruppen 160 Millimeter. Da hier nach der Umdrehungszahl gefragt ist, wählen wir die Formel $n = \frac{c \cdot 60}{d}$. Die Zahlenwerte

Die Arbeitszeit bei Maschinenarbeiten

Von Emil-Franz H. Meising

Für den Dreher ist es wichtig zu wissen, auf welche Art und Weise die Bestimmung der Arbeitszeit bei Maschinenarbeiten rascher zu erfolgen hat. Man braucht zur Berechnung der Arbeitszeit außer den sonst nötigen Angaben die Schnittgeschwindigkeit und den Vorbehalt. Unter Schnittgeschwindigkeit versteht man den Weg, den die Schneidspitze eines Berges in einer Sekunde durchläuft. Die Schnittgeschwindigkeit wird in Millimeter angegeben und nach der Gleichung

$$\text{Schnittgeschwindigkeit} = \frac{\text{Umfang mal Umdrehung}}{60}$$

berechnet. Vorliegende Gleichung, auch Formel genannt, kann man auch durch Aufstellen ausfinden, und man findet in den technischen Wörter

$$c = \frac{d \cdot n \cdot 60}{60}$$

folgt dabei Bedeutet:
 c die Schnittgeschwindigkeit in Millimeter je Sekunde,
 d den Durchmesser des Arbeitsrades in Millimeter,
 n die Umdrehungszahl des Berges je Minute,
 60 den sechzigsten Teil einer Minute.

Ein Beispiel soll die Anwendung vorstehender Formel veranschaulichen. Angenommen ein Dreher hat einen Durchmesser $d = 100$ Millimeter. Die Umdrehungszahl (Revolutionszahl) betrage $n = 30$ je Minute. Wie groß ist die Schnittgeschwindigkeit des Berges?

$$c = \frac{100 \cdot 30 \cdot 60}{60} = 157 \text{ Millimeter je Sekunde}$$

Das heißt also, die Schneidspitze legt in der Sekunde einen Weg von 157 Millimeter zurück.
 Ist nun die Schnittgeschwindigkeit nach der Durchmesser des Berges bekannt, so findet man die Umdrehungszahl n aus der Gleichung

Man der Anspannung des Arbeiters in Amerika

Die Philadelphia Gazette brachte am 4. Mai einen Aufsatz über: Die Überlegenheit amerikanischer Arbeiter gegenüber dem europäischen, worin erzählt wird, daß kein europäischer Arbeiter es in Schnelligkeit und Anspannung (Anienität) mit den amerikanischen aufnehmen könne. Diese Weisheit hat den Dr. Klebenjahm, Professor des Berliner Polytechnikums, zum Vater. Ein deutscher Betriebsingenieur, Albert Hochmüller, der seit 1923 als Schlosser und Zeichner in amerikanischen Fabriken Vergleiche über die Arbeitsweise haben und drüber angestellten Gelegenheiten hat, erweitert dem Professor in der Wochenschrift folgende Bemerkungen:

... Falsch und unrichtig ist es aber, wenn man sagt, daß „kein“ europäischer Arbeiter in bezug auf Schnelligkeit und Anspannung mit dem amerikanischen Arbeiter in Wettbewerb treten könne. Herr Prof. Klebenjahm scheint noch in seiner modernen deutschen Fabrik gewesen zu sein und die dortigen Arbeitsleistungen kennengelernt zu haben. Bitte gehen Sie einmal in eine moderne deutsche Firma, wo das Zeitaktordsystem eingeführt ist, und Sie werden den deutschen Arbeiter mindestens auf dieselbe Stufe stellen müssen wie den amerikanischen.

Wie steht es denn mit den tausenden von ausgewanderten heutzutage und anderen europäischen Arbeitern? Gerade diese sind es, die ich zum Beweis anführe, daß sie absolut Schritt halten mit den amerikanischen Arbeitern. Wenn man Beobachtungen macht, um eine Schlussfolgerung daraus zu ziehen, so muß man auch den Hauptpunkt nicht vergessen, sich zu vergewissern, ob tatsächlich die ganze Belegschaft aus Amerikanern besteht. Sie finden in Amerika nur wenige Fabriken, die vielleicht keine Europäer beschäftigen. Ich bin in der Lage, die modernsten amerikanischen Firmen zu nennen, wo europäische Arbeiter in großer Zahl beschäftigt sind, die diese Leistungen vollbringen. Auch die etwas zu frühe Behauptung, diese Überlegenheit dem Sport zuzuschreiben, müßte meiner Ansicht nach erst statistisch nachgewiesen werden.

Unsere eigene mehrjährige Erfahrung in amerikanischen Werken verschiedenster Art einschließlich des Stahlstrukturs bestimmt uns, die Darlegung Hochmüllers zu unterstreichen. Es ist völlig falsch, zu behaupten, der amerikanische Arbeiter schufte noch schneller als sein europäischer, als sein deutscher Kollege, wie es auch ganz irrig ist, anzunehmen, der Amerikaner hege wie ein Windhund. Es wird in Amerika im großen Ganzen weniger geschuftet, die gleichzeitige Beibehaltung von mehr als einer Maschine vor dem Kriege kaum irgendwo vorhanden, und sie ist auch heute noch ungeheuer selten. Dann hat der Amerikaner — wir meinen den Amerikaner, nicht das fleisch eingewanderte Grünhorn — Zeit, viel Zeit. Er wird eher eine Viertelstunde auf eine Straßenbahn warten, als hundert Schritte gehen.

Zu aber, wird man nun vielleicht erwidern, wie ist es dann möglich, daß so ziemlich alle Leute, die von Amerika kommen, von einer entsetzlichen Hitze und einer beispiellosen Schufterei zu berichten wissen? Das zu erklären, ist nicht schwer. Sehen wir von den Leuten ab, die im Auftrage europäischer Unternehmer hinübergehen, um dort zu deren Auf- und Fortkommen zu forschen, sondern nehmen wir die Leute, die „durcheilends“ auf die Suche ins Dollarland gehen. Die meisten dieser Leute, um nicht zu sagen, alle, haben in Deutschland noch keine neue Fabrik von innen gesehen, schon gar nicht kennen sie aus persönlicher Erfahrung die Luft, die Haß, die Antreiberei, die der deutsche Arbeiter daheim auszuatmen hat. Von Amerika haben sie gehört, daß es dort einen Stahlstrukt gibt, wo eine entsetzliche Ausbeutung betrieben wird; von den Chicagoer Schlachthäusern haben sie aus Sinclair's „Sumpf“ gelesen, daß sie schmutzige Höhlen sind; und daß bei Ford die Proleten aus Transportband gefesselt sind, wie Simson an die Kremlmühle, berichtet ja die bürgerliche Presse in einem fort. Die geistig bergeistert auf das Land vor unbegrenzten Möglichkeiten vorbereiteten Amerikaforscher wollen sich, gewissenhaft wie sie doch sind, auch überzeugen, ob es tatsächlich so schlimm ist.

Die Möglichkeit, sich zu überzeugen, ist Ihnen leicht gemacht, weil sie in den Vereinigten Staaten überall offene Türen finden; sie können dort allein durch die Werkstätten wandern oder sich von einem Mann aus dem Büro führen lassen. So bekommen sie zum ersten Male in ihrem Leben ein industrielles Werk von innen zu sehen. Jetzt bemerken sie das Rattern der Maschinen — brrrr! —, jetzt atmen sie selbst die heißen Dämpfe und stidige Luft — Pfui! —, jetzt dämmern ihnen die Gefahren für Leben und Gesundheit — schrecklich! — nun geht ihnen ein Seifenfieder auf, wie emsig der Arbeiter die Hände regen muß, um zu seinem Tagelohn zu kommen. Eine ganz fremde, eine häßlich ratternde, eine abstoßende Welt hat sich vor ihnen aufgetan. Vergleichen wir ihnen vorher ganz unbekannt schließlich kommen sie gar noch in eins der Chicagoer Schlachthäuser und hören das Gequieke der Schlachttiere — ihr Schluß ist fertig: in Amerika hat die Hitze und die Schufterei den Gipfel erreicht; Gottlob daß es daheim...

Daß daheim, vielleicht in der nächsten Nachbarschaft, noch viel schmutziger geschuftet und gehetzt wird, nur mit dem Unterschied, daß für die schärfere Fron viermal weniger gezahlt wird, ist den guten Amerikaforschern unbekannt. Sie wußten und wissen nicht, daß der ärgste Stahlstruktbauteiler ein Waisenknaube ist gegen die deutschen Stämmlinge und Rühnmänner; sie haben keine Ahnung, daß die deutschen Arbeiter viel schärfer gefesselt sind, als der gefesselteste bei Ford. Ehe sich solche Leute vermaßen, über die Anspannung der Arbeiter haben und drüber zu urteilen, sollten sie mindestens ein paar deutsche Stahlwerke, Gießereien, Werften und Klein-eisenwerkstätten von innen ansehen und sich — von den Arbeitern selbst — die Lohnkarten zeigen lassen. Dann erst sollten sie Vergleiche mit Amerika anstellen. Allerdings wird es auch dann noch Schiefheiten genug geben. Dies schon aus dem Grunde, weil die deutschen Amerikaforscher ihre wenigen Besuchstage in Newjork, Chicago,

Philadelphia, St. Louis, kurz in Städten verbringen, die der Amerikaner europäische nennt, das sind Städte, die zu einem hohen Teil, wenn nicht größtenteils aus europäischen Einwanderern gebildet sind. Europäische Einwanderer, die die Sitten und Gebräuche ihrer Heimat, die von Jugend auf gewohnte Paß- und Schufterei und Unterwürigkeit auch im Lande ihrer Wahl weiter betätigen. Und ihre Gewohnheiten und Paß werden von dem durchschnittlichen Amerikaforscher als die Gewohnheiten und Paß von ganz Amerika genommen. Wer die Arbeitsverhältnisse haben und drüber miteinander vergleichen will, der muß nicht bloß einige Nachmittage, sondern Jahre eifrig studieren, und der muß besonders die Verhältnisse seines eigenen Landes gründlich kennen, andernfalls keine Vergleiche so ausfallen, wie der des Berliner Professors Klebenjahm und manches andere.

Eine englische Arbeiterstimme über Amerika

In einer „wichtigen nordenglischen Zeitung“ war von deren Schriftleiter den britischen Maschinenbauern gesagt worden, wenn sie dies und das wollten, sie eben die amerikanischen Arbeitsweisen mit all der Schinderei annehmen müßten. Diese Äußerung wurde in dem Blatte der Maschinenbauer wiedergegeben und kam dadurch einem ihrer amerikanischen Mitglieder zu Gesicht. Das Mitglied antwortete nun von Los Angeles, Kalifornien, aus dem bürgerlichen Schriftleiter in dem Maßstabe des Maschinenbauer-Journals folgendermaßen:

„Nicht ein für allemal dem Schriftleiter sagen, daß die Arbeiter in den (englischen) Werkstätten längst die amerikanischen Arbeitsweisen angenommen haben, aber daß die Fabrikanten in England erst noch die amerikanischen Lohn annehmen müssen. Als Maschinenbauer mit einer 25jährigen englischen und einer dreißigjährigen, in verschiedenen Fabriken Amerikas gesammelten Erfahrung möchte ich in aller Bescheidenheit sagen, daß der Schriftleiter nicht weiß, wovon er spricht. So will ich ihm denn sagen, daß ich in England viel härter, aber für den dritten Teil des Lohnes, den ich in Amerika erhalte, geschafft habe... Hier in Amerika muß ich erst noch den Polizisten oder den Portier sehen, der bereit steht, um das Fabrikat gleich zuzuschmeißen, wenn die Waage bläst, oder der nach der Uhr sieht, wenn ein Arbeiter in den Antleideraum oder auf den Abtritt geht, oder daß Freunde und Verwandte von den Direktoren und Fabrikanten dazwischen in den Werkstätten herumkriechen, die alle Gehalt, aber kein selbstverdientes begehren... Wenn hier in Amerika ein Mann gebraucht wird, dann geht er stracks in die Bude, fängt an, und wenn er die Arbeit tun kann, bekommt er den richtigen Lohn, keine Festsetzung nach Leistung. Das große Geheimnis der hohen amerikanischen Löhne ist billige Motorkraft, die meist von natürlichen Quellen kommt, ein guter Lebensstandard (der Masse), keine Kraftvergeudung für Nichtstuer und kein Jögern, neue Maschinen oder Werkzeuge anzuschaffen, wenn es mit ihnen in kürzerer Zeit geschafft werden kann...“

Wenn nun schon ein Arbeiter aus England, wo im Vergleich zu Deutschland immer noch einigermaßen gut bezahlt und ziemlich gemächlich geschafft wird, zu einem solchen Schluß kommt, zu welchem Schluß muß dann erst ein deutscher Arbeiter kommen!

Wer zahlt in England die Steuern?

Kürzlich wurde im deutschen Reichstag die Erhöhung des steuerfreien Lohnnettos beantragt. Hierzu hatte die sozialdemokratische Fraktion beantragt, den steuerfreien Teil von 60 auf 100 M zu erhöhen. Dieses mehr wie beschriebene Verlangen wurde indessen abgelehnt. Mit Ach und Krach schwang sich die Mehrheit unserer glorreichen Volksvertretung dazu auf, den freien Lohnbetrag um 20 auf 80 M zu erhöhen. Es soll uns nicht wundernehmen, wenn die Politikanten, die den beschriebenen weitergehenden sozialdemokratischen Antrag niederstimmten, sich nicht gar noch brüsten, Verständnis für die Notlage der unteren Volksschichten zu haben. Diese Jesuiten haben sich einmal mehr als die Prätorianer des Weidwads gezeigt.

Daß die Steuerhosen der deutschen Kapitalisten, alleamt selbstgekauft, Paradoxen, den Gipfel internationaler Schamlosigkeit erreicht, ist genügend bekannt. Es wird wiederum zahlenmäßig bewiesen durch die Schrift des Professors Dr. O. Bühler über Die englische Einkommensteuer (Verlag C. Heymann, Berlin). Da dieser Gelehrte die englische Steuererhebung an Ort und Stelle im Auftrage des Steuerreformausschusses der deutschen Industrie untersucht hat, kann man ihn nicht gut als sozialdemokratischen Heber anschwärzen. Was hat nun Dr. Bühler in England gefunden? Auch in der Zeit der schärfsten Steueranspannung, sagt er, „hat man in England nicht daran gedacht, die große Masse der Lohnarbeiter der Einkommensteuer zu unterwerfen.“ In England beträgt der steuerfreie Mindestlohn des ledigen Mannes 2700 M. Wenn das Einkommen ganz aus Arbeitseinkommen besteht, beträgt die Freigrenze sogar 3000 M, ist also fünfmal höher als in Deutschland. Für den Verheirateten erhöht sich der freibleibende Betrag von 2700 auf 4500 M, und wenn er nur Arbeitseinkommen hat, gar von 3000 auf 5000 M. Ferner berücksichtigt das englische Steuergesetz die linderreichen Lohnempfänger in unendlich ausgedehnter Weise als die deutsche. Nach Bühler beträgt für einen Familienvater, der nur Arbeitseinkommen bezieht, die Freigrenze 6800 M, während bei uns ein Lohnempfänger mit diesem Einkommen schon 240 M Steuer zahlen muß. Diese Tatsache bringt Bühler zu dem Schluß: „Man muß es einsehen, daß die Veräußerung des Familienstandes, uns England weit vorausgeht.“

In England ist die große Masse der Arbeiter und auch zahlreiche Schichten des kleinen Mittelstandes von jeglicher Einkommensteuer befreit. Die englische Staatseinnahme von 13,5 Milliarden Mark wird zu mehr als drei Fünftel von der besitzenden Klasse, zu weniger als zwei Fünftel von der Masse aufgebracht, in Deutschland dagegen

hat die arbeitende Klasse mehr als zwei Drittel (66 2/3) der Reichseinnahmen aufzubringen.

Während in England sozusagen alle Lohnarbeiter von der Einkommensteuer befreit sind, werden die hohen Einkommen (über 40 000 M) neben der gewöhnlichen mit einer besonderen Einkommensteuer (Super-Tax) belastet, die 1923/24 allein 1 Milliarden Mark ergab. Nach der Steuerbelastung für 1922/23 gab es in England 85 000 Personen mit einem Einkommen über 40 000 M, also „Millionäre“ in unserem Sinne. Ihr gesamtes Einkommen hat ungefähr 9,9 Milliarden Mark betragen und die Super-Tax allein davon 1,2 Milliarden Mark, also ungefähr 12 1/2%. Durch die allgemeine Einkommensteuer sind den Millionären noch ungefähr 2 Milliarden Mark weggesteuert worden, also im ganzen mehr als 3 Milliarden Mark oder fast ein Drittel ihres Gesamtinkommens. Die von Professor Bühler angeführten Ziffern erlauben uns auch den Schluß, daß diese reichsten Leute allein an den beiden Einkommensteuern in den letzten Jahren ungefähr fast ein Viertel aller englischen Steuern aufbringen. Dabei muß man noch berücksichtigen, daß diese Reichsten noch andere große Steuern (z. B. Erbschaftsteuer und die Körperschaftsteuer) zu tragen haben. Das englische Steuersystem beruht eben auf dem Grundgedanken, daß das Großbürgertum, das den größten Nutzen von dem Bestand des heutigen Staates hat, zu der Unterhaltung dieses Staates auch am meisten beitragen soll, im Gegensatz zu der Auffassung der bürgerlichen Klassen in Deutschland, die seit davon überzeugt sind, daß der kapitalistische Ausbeuterstaat auf Kosten der Unbemittelten unterhalten werden muß.

Wie gehts den Schriftstellern in Rußland?

In der Moskauer Pravda vom 28. April schildert der berühmte russische Schriftsteller W. W. W. die Lage seiner Berufskollegen, wobei er betont, daß die gleiche Notlage auch unter den Künstlern und anderen Angehörigen der freien Berufe herrscht. Obwohl die schriftstellerische und künstlerische Arbeit amtlich als nützlich und notwendig anerkannt wird, werden doch die Schriftsteller und Künstler finanziell weit stärker belastet als alle anderen Berufsgruppen. Es dürfte, schreibt W. W. W., nur wenigen bekannt sein, daß ein Schriftsteller, der bei uns seinen Beruf ausüben will, sich ein „Patent“ beschaffen muß, das ihm das Recht zur schriftstellerischen Arbeit verleiht. Jedes Halbjahr muß er für dieses Patent 32 Rubel (= 66 M) zahlen. Ich glaube, es ist dies ein unerhörter Fall in der Weltliteratur: der Schriftsteller ist an seinem Schreibtisch und vor ihm an der Wand hängt ein Patent, das das Recht des Schriftstellers bestätigt, sich bis zum 1. Oktober des laufenden Jahres mit Schriftstellerei zu befassen. Durch diese Tatsache werden sogar Personen frapportiert, die zur Literatur in keiner Beziehung stehen. Zunächst sei gestattet, ein Dokument zu unterbreiten, das eine der Moskauer Finanzabteilungen unter Nr. 764 ausgestellt hat:

3. Kategorie.
Patent für persönliche berufliche Beschäftigung in Drucksachen des hauptstädtlichen Umkreises für die Dauer von 6 Monaten.
Gewerbesteuer 210 Rubel
Ortliche Steuer 210 Rubel
Kanzleigebühren 4 Rubel
Zusammen 424 Rubel
Ausgestellt für J. W. W. Bezeichnung des Gewerbes: Schriftsteller.
Vom 1. April bis 1. Oktober 1923.

Der Empfänger dieses Schriftstückes, ein bekannter Schriftsteller und Übersetzer des ukrainischen Dichters Schewtschenko, reichte daraufhin an das Finanzamt eine Erklärung ein, daß er 40 Jahre den ehrenvollen Titel eines russischen Schriftstellers trage, aber jetzt nicht mehr dazu imstande sei; er lege deshalb diesen Titel nieder und verpflichte sich, von nun an nichts mehr zu schreiben. Diese Erklärung übergab er im Finanzamt persönlich einem alten Mann. Dieser las die Erklärung aufmerksam durch und fragte:

„Also was wird nun sein? Ich glaube, Sie haben jetzt nicht mehr das Recht, in der Schreibwarenhandlung Papier und Tinte zu kaufen.“

„Wenn ich kein Recht dazu habe, werde ich nicht kaufen.“

„Ja, aber übrigens ich glaube, wenn Sie zu Hause schreiben werden, für sich selbst, wer kann Ihnen das verbieten?“

„Ich glaube das selbe.“

„Ja ich glaube, so ist es...“

Der Alte schwieg ein wenig, beugte sich dann zum Diktier herab und sagte im Flüsterton:

„Also gut. Kaufen Sie sich Papier und Tinte — und schildern Sie diese ganze Schweinerei.“

Zu dieser Darstellung, die, wie bereits erwähnt, im kommunistischen Zentralorgan „Pravda“ veröffentlicht ist, kann noch folgende von W. W. W. mitgeteilte Tatsache hinzugefügt werden: Vor kurzem nahm die Petersburger Abteilung des Schriftstellerverbandes eine Untersuchung der materiellen Lage ihrer Mitglieder vor. Es stellte sich heraus, daß die Mehrzahl von ihnen in bitterer Not lebt und daß bei vielen von ihnen ein solches Geld herrsche, daß sie monatlang nicht ihre Wäsche wechseln können und halberhungert sind. Trotzdem werden sie von den Finanzbehörden mit den hohen Steuern belastet, die für die Angehörigen der freien Berufe festgesetzt sind.

Vor Schaden bewahrt sich,

mer die richtige Weitragsklasse wählt. Zwar können laut Verbandsstatut männliche Mitglieder von 18 bis 20 Jahren und Angelernte über 20 Jahre der zweiten Beitragsklasse angehören. Aber auch diese Mitglieder sollten, wenn immer möglich, her e r k e n n e n Klasse beitreten. Denn nur in dieser haben sie Anrecht auf den höchsten Satz der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Magreglung und Streit. Darum trachte jedes Mitglied, die Beiträge der e r k e n n e n Klasse zu entrichten.

Nun entspricht aber auch eine Umdrehung gleich einem Schnitt Die Anzahl der Schnitte erhält man, wenn man die Höhe, oder was dasselbe ist, die Länge des Zylinders durch den Stahlvorschub teilt Die Länge des Zylinders beträgt 800 Millimeter, somit erhalten wir:

$$800 : \frac{3}{4} = \frac{800 \cdot 4}{3} = \frac{3200}{3} = \text{rund } 1070 \text{ Schnitte.}$$

Gemäß unserer Berechnung waren 48 Sekunden erforderlich, um eine Umdrehung (= 1 Schnitt) auszuführen. Oder sagen wir:

Für 1 Schnitt sind 48 Sekunden erforderlich
x = 1070 Schnitte = x
x = 48 · 1070 = 51 860 Sekunden.

Nun sind 51 860 Sek gleich 864 Minuten = 14 Stunden 24 Minuten. Wir müssen also für Schruppen diese Zeit aufwenden.

Nehmen wir nun an, daß die Schnittgeschwindigkeit beim Schlichten um 25 Prozent erhöht werden darf, so erhalten wir:

$$c = 50 + 25 \text{ Prozent} = 50 + 12\frac{1}{2} = 62\frac{1}{2} = 62 \text{ Millimeter}$$

die Sekunde Schnittgeschwindigkeit für das Schlichten.

Die zulässige Umdrehungszahl des Stahlhalters ist in diesem Falle

$$n = \frac{60 \cdot c}{3,14 \cdot d} = \frac{60 \cdot 62}{3,14 \cdot 800} = \text{rund } 1\frac{1}{2} \text{ Umdrehung.}$$

1/2 Umdrehung wird in 1 Minute oder 60 Sekunden ausgeführt

$$x = \frac{60 \cdot 1}{2} = \frac{60 \cdot 2}{2} = 40 \text{ Sekunden.}$$

Da wir bekanntlich 1070 Schnitte haben und da eine Umdrehung gleich ein Schnitt in 40 Sekunden ausgeführt wird, so errechnet sich die Arbeitszeit für 1070 Schnitte zu:

$$1070 \cdot 40 = 42800 \text{ Sekunden} = 11\frac{1}{3} \text{ Stunden.}$$

Mithin beträgt die Gesamtarbeitszeit für Schruppen und Schlichten

$13\frac{1}{3} + 11\frac{1}{3} = \frac{27 + 23}{2} = \frac{50}{2} = 25 \text{ Stunden.}$

Bei der Berechnung der Arbeitszeit ist noch die Seitenbewegung des Stahles nötig, die sich aus dem selbsttätigen Langtransport ergibt. Wird 1 Zoll Länge (= 25,4 Millimeter) durch 48 Umgänge erreicht, so kommt auf einen Umgang eine Länge von $\frac{25,4}{48} = \text{rund } 0,5 \text{ Millimeter.}$

Die Seitenbewegung des Stahles soll 0,3 bis 1,2 Millimeter betragen, und zwar für eine Umdrehung. Umlaufzeit nennt man die Zeit, die für einen Umlauf, also für eine Umdrehung gebraucht wird. Werden zum Beispiel von einer Welle in einer Minute 4 Umdrehungen gemacht, so berechnet man die Zeit für eine Umdrehung wie folgt:

4 Umdrehungen werden in 1 Minute oder 60 Sekunden gemacht
1 Umdrehung wird x
 $x = \frac{60 \cdot 1}{4} = 15 \text{ Sekunden.}$

Aus diesem angeführten Beispiel kann man die allgemeine Formel aufstellen:

$$t = \frac{60}{n}$$

wobei t die Zeit darstellt, also die Anzahl von Sekunden,
n die Umdrehungszahl (auch Tourenzahl genannt) bedeutet.

Beispiel: Eine Riemscheibe von 160 Millimeter Breite soll zweimal überdreht werden. Die Schaltung des Stahles (Schnittbreite) beträgt 0,5 Millimeter. Die Umdrehungszahl der Riemscheibe betrage 4 pro Minute. Wieviel Zeit ist zum Abdrehen der Riemscheibe erforderlich?

Lösung: Werden in einer Minute 4 Umdrehungen gemacht, so sind nach der aufgestellten allgemeinen Formel für 1 Umdrehung

$$t = \frac{60}{n} = \frac{60}{4} = 15 \text{ Sekunden erforderlich. Da die Scheibenbreite}$$

160 Millimeter und die Schaltung 0,5 Millimeter ist, läßt sich die Anzahl Schnitte bestimmen.

$$160 : 0,5 = 1600 : 5 = 320 \text{ Schnitte.}$$

Die Zeit für einen Schnitt gleich eine Umdrehung betrug bekanntlich 15 Sekunden. Daher werden für 320 Schnitte 320 · 15 = 4800 Sekunden oder 1 Stunde und 20 Minuten erforderlich. Bei zweimaligen Überdrehen 2 Stunden 40 Minuten.

Beispiel: Eine Welle aus Schmiedeeisen von 50 Millimeter Durchmesser und 2 1/2 Meter Länge soll abgedreht werden. Wieviel Stunden sind dazu nötig, wenn der selbsttätige Langtransport 48 Gänge auf einen Zoll Länge ergibt?

2 1/2 Meter: 48 Gänge ergeben 1 Zoll = 25,4 Millimeter Länge
1 Gang ergibt x

$$x = \frac{25,4 \cdot 1}{48} = \frac{25,4}{48} = 0,5 \text{ Millimeter seitlichen Vorschub des Stahles.}$$

Da die Schnittgeschwindigkeit 200 Millimeter die Sekunde beträgt, wäre die zulässige Umdrehungszahl vorstehender Wellen von 50 Millimeter Durchmesser zu bestimmen.

$$n = \frac{c \cdot 60}{3,14 \cdot d} = \frac{200 \cdot 60}{3,14 \cdot 50} = 80 \text{ je Minute.}$$

80 Umdrehungen werden in 1 Minute oder 60 Sekunden gemacht, mithin kommt auf eine Umdrehung

$$t = \frac{60}{n} = \frac{60}{80} = 0,75 \text{ Sekunden.}$$

Die Welle ist 2 1/2 Meter oder 2500 Millimeter lang. Bei einer Umdrehung werden 0,5 Millimeter Länge zurückgelegt, somit bestimmt sich die Gesamtzahl der Umdrehungen, oder was dasselbe ist, bez Schnitt = $\frac{2500}{0,5} = 4170$. 1 Schnitt benötigt 0,75 Sekunden, daher 4170 Schnitte: 4170 · 0,75 = 3128 Sekunden = 52 Minuten oder rund 1 Stunde.

Der neue Steuerabzug vom Arbeitslohn

Trotz des hartnäckigen Sträubens der Regierung gegen jede Milderung der Lohnsteuer hat sich der Steuerabzug wie auch der Rückblick auf die Höhe des Verdienstes für volle Monate 80 M (bisher 60 M), bei Zahlung des Lohnes für volle Wochen 18,60 M (bisher 15 M), bei Zahlung des Lohnes für volle Arbeitstage 3,10 M (bisher 2,50 M), bei Zahlung des Lohnes für zwei angefangene oder volle Arbeitstage 6,20 M (bisher 5,00 M). Diese Änderung bedeutet gegen bisher eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages um monatlich 20 M, wöchentlich 3,60 M, täglich 0,60 M, zweistündlich 0,20 M. Die sozialdemokratische Fraktion hatte eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages auf monatlich 100 M, wöchentlich 24 M usw. beantragt.

Von dem nach Abzug des steuerfreien Lohnbetrages verbleibenden Teil des Arbeitslohnes oder Gehaltes ist ein Steuerbetrag von 10 vH einzubehalten. Der zehnprozentige Abzug ermäßigt sich, soweit der Verdienst für den vollen Monat 250 M, für die volle Woche 60 M, für den vollen Arbeitstag 10 M oder für zwei volle oder angefangene Arbeitstage 2,50 M nicht übersteigt, für die Ehefrau und für das erste minderjährige Kind um je 1 vH, für das zweite und jedes weitere Kind um je 2 vH. Ist der Arbeitsverdienst höher als oben angegeben, aber steigt er also monatlich 250 M, wöchentlich 60 M, täglich 10 M oder zweistündlich 2,50 M, dann ermäßigt sich der zehnprozentige Abzug für die Ehefrau und für das erste und zweite minderjährige Kind um je 1 vH, für das dritte und jedes weitere Kind dagegen um je 2 vH. Maßgebend für die Beurteilung, ob für das zweite Kind eine Ermäßigung von 1 vH oder von 2 vH zu berücksichtigen ist, ist der jeweilige Verdienst der für den Steuerabzug in Frage kommenden Lohngehalt.

Hat z. B. der Steuerpflichtige für eine Lohnwoche einen Verdienst von 55 M oder für den Monat 245 M, dann gilt schon für das zweite Kind die Ermäßigung um 2 vH. Verdient der Steuerpflichtige dagegen in der nächsten Woche 65 M oder im nächsten Monat 260 M, dann darf für das zweite Kind nur eine Ermäßigung um 1 vH des zehnprozentigen Abzuges eintreten. Als Kinder im Sinne des Lohnsteuergesetzes gelten auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder, sofern sie zu dem Haushalt der Steuerpflichtigen zählen. Es kommen aber Kinder für die Ermäßigung des zehnprozentigen Abzuges nicht mehr in Betracht, wenn sie das 17. Lebensjahr überschritten und selber Arbeitsentlohnungen haben. Für Kinder bis zum 17. Lebensjahr ist es gleichgültig, ob sie Arbeitsentlohnungen beziehen oder nicht; sie kommen auf alle Fälle für die Ermäßigung in Betracht.

Die gleichen Ermäßigungen, die für minderjährige Kinder gelten, kommen auch für mittellose Angehörige, wie z. B. für Eltern, Schwiegereltern, erwerbsunfähige Geschwister usw. in Frage, wenn der Steuerpflichtige für dieselben voll oder vorwiegend sorgen muß und das Finanzamt für diese auf Antrag des Steuerpflichtigen die Ermäßigung zuerkannt hat. Ein diesbezüglicher Antrag ist unter Vorlegung der Verhältnisse zusammen mit dem Steuerbuch beim zuständigen Finanzamt einzureichen. Der Antrag muß aber jedes Jahr neu gestellt werden. Nach diesen Änderungen seien einige Beispiele für die Errechnung des zu zahlenden Steuerbetrages angeführt:

Angenommen, ein verheirateter Arbeiter mit drei Kindern hat in der Lohnwoche einen Verdienst von 58 M, so gilt folgendes:

Bruttolohn	58,00 M
steuerfreier Lohnbetrag	18,60 M
bleiben	37,40 M

Der Abzug von 10 vH ermäßigt sich für die Ehefrau und ein Kind um je 1 vH = gleich 2 vH und für das zweite und dritte Kind um je 2 vH, zusammen also um 6 vH. Somit sind 4 vH von 37,40 M als Steuer, nämlich 1,49 M, oder nach unten auf 5 vH abgerundet, 1,87 M zu zahlen. Hätte der nämliche Arbeiter aber 63 M Lohn in der Woche, so betrüge der steuerfreie Betrag 18,60 M, und es blieben für den Steuerabzug 44,40 M. In diesem Falle ermäßigt sich der Abzug, da der Verdienst 60 M wöchentlich übersteigt, für die Frau und zwei Kinder um je 1 vH = 3 vH, und für das dritte Kind um 2 vH, somit um 5 vH. Es wären also 5 vH von 44,40 M, nämlich 1,92 M oder abgerundet 2,20 M zu zahlen.

Für höhere Verdienste diene folgende Tafel: Ein Arbeiter, dessen Lohn monatlich 250 M, wöchentlich 60 M, täglich 10 M, zweistündlich 2,50 M nicht übersteigt, zahlt nach Abzug des steuerfreien Betrages (monatlich 80 M, wöchentlich 18,60 M, arbeitsstündlich 3,10 M, zweistündlich 0,60 M) folgenden Hundertsatz an Steuer:

Zahl der minderb. Kinder und mittel. Angehörigen	1 2 3 4 5 6
Verheirateter Arbeiter	9 8 6 4 2 vH
Belüger oder verwitweter Arbeiter	10 9 7 5 3 1 vH

Übersteigt der Verdienst den oben angegebenen Betrag, gilt folgender Hundertsatz:

Zahl der minderb. Kinder und mittel. Angehörigen	1 2 3 4 5 6
Verheirateter Arbeiter	9 8 7 5 3 1 vH
Belüger oder verwitweter Arbeiter	10 9 8 6 4 2 vH

Für Kriegseisbedürftige ist zu beachten, daß sie auf Antrag eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages um den Hundertsatz ihrer Erwerbsbeschränkung erhalten. Der Antrag ist beim Finanzamt unter Vorlegung des Rentenbescheides und des Steuerbuches zu stellen.

Die Kennzeichnung gilt für alle Lohn- oder Gehaltszahlungen, die für Dienstleistungen nach dem 31. Mai 1925 erfolgen. Der höhere steuerfreie Lohnbetrag ist aber dann abzugeben, wenn der Zeitraum, für den der Arbeitslohn gezahlt wird, zum Teil vor dem 1. Juni fällt. In diesem Falle darf jedoch der höhere steuerfreie Lohnbetrag bei Zahlung des Arbeitslohnes für mehrere Wochen für die vollen Wochen, die vor dem 1. Juni enden, und bei Zahlung des Arbeitslohnes für mehrere Monate für die vollen Monate, die vor dem 1. Juni enden, nicht berücksichtigt werden.

Runde von der Heimvolkshochschule Ling

Einer von den Gründern, die der DVV auf die Heimvolkshochschule geführt, schreibt, schreibt uns:

Die Heimvolkshochschule Ling ist eine der wenigen Schulen, die den Charakter einer neuen Volkshochschule zeigen. Anders als die anderen Volkshochschulen ist sie die Leiterin an ihrer Spitze. Der Unterricht, der das Schließen des Lebens in den Klassen geben wird, ist sehr mannigfaltig. Insbesondere ist die Teilnahme an den wöchentlichen Besuchen, in dem die Grundfragen der menschlichen Existenz und die volkswirtschaftlichen Probleme behandelt werden. Schreien und Singen, Sport, Gesangsübungen, Schach und Handball sind die Spiele, deren wirtschaftliche Bedeutung durch eingehende Unterweisungen hervorgehoben werden. Der Unterricht findet in Form einer Arbeitsgemeinschaft statt. Er stellt jedem Schüler die Aufgabe, geistig mitzuwirken. Der gründlichen Aneignung des wesentlichen Stoffes dienen praktische Arbeiten und künstlerische Übungen.

Der Unterricht ist die Selbsttätigkeit, die aus sich selbst den Grundgedanken der Volkshochschule enthält und die ihren Aufgaben bis zur Gegenwart bekannt macht. Besondere Berücksichtigung findet hier die Erziehung des Kapitalismus sowie der Aufstieg der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern.

Wertvoll ergänzt wird der volkswirtschaftliche und geschichtliche Unterricht durch Literatur und Kunst. Hier wird uns der künstlerische Ausdruck gesellschaftlicher Entwicklung verschiedener Zeitalter gezeigt. Nicht unberücksichtigt bleibt hier die Geschichte des Theaters und der dramatischen Dichtung von ihrer Entstehung bis zur jetzigen Zeit. Auch Betrachtungen der lyrischen, sozialen und politischen Dichtung unter Berücksichtigung der modernen und der proletarischen Dichtung finden statt. Einen wahren Genuß bieten uns die literarischen Abende, die als Ausgleich für die rein wissenschaftlichen Fächer gedacht sind.

Ermahnt sei noch das Gebiet Technik und Methodik der geistigen Arbeit, das uns praktische Winke über zweckmäßiges Aufnehmen und Verarbeitung von Wissensstoff übermittelt und somit einen sehr nützlichen Bestandteil des Gesamtunterrichts bildet. Auch sind für Stillstil und gutes Deutsch besondere Seminare eingerichtet. Sonderfragen, die für unsere praktische Tätigkeit in Betracht kommen, werden durch Gastlehrer behandelt.

Lebhaft Zustimmung finden Beschäftigungen technischer und wissenschaftlicher Betriebe sowie gemeinsame Ausflüge in die Umgebung. Die Ausflüge, wobei es an Heiterkeit nicht fehlt, tragen viel zur Förderung des Gemeinschaftslebens bei. Auch Internatleben und Arbeitsdienst (viermal 1 1/2 Stunden wöchentlich in Küche und Garten) fördern das Gemeinschaftsleben.

Der Kurs neigt seinem Ende zu und es zeigt sich, daß vieles gewonnen ist, doch aber auch manches unvollkommen blieb. Eine Reihe von Aufgaben erweist uns. So werden Ausarbeitung und Vertiefung der erworbenen Kenntnisse einerseits, praktische Tätigkeit in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung andererseits unsere künftigen Aufgaben sein. Wir werden uns dem Sinn der Erziehung und Schulung in Ling. In kurzer Zeit kehren wir in unsere früheren Wirkungskreise zurück, an Wissen bereichert, mit neuen Kräften und dem festen Willen, unser Bestes einzusetzen für den Kampf um die Befreiung des Proletariats. Alfred Schattanik, Gleiwitz.

Reichskonferenz der Heizungsmeister

Am 3. Mai tagte im Gewerkschaftshaus in Hannover die Reichskonferenz der Heizungsmeister. Anwesend waren 41 Delegierte, 3 Vertreter der Bezirksleitungen und 1 Vertreter des Vorstandes. Die Konferenz nahm hauptsächlich Stellung zu der im Heizungsfach mehr und mehr zunehmenden Akkordarbeit. Der Kollege Wallbracht berichtete über den Stand dieser Sache. Er zeigte die großen Unterschiede in den bereits bestehenden Akkordverträgen. Die Aussprache ergab, daß die große Mehrheit der Anwesenden mit dem Referenten darin einig war, daß, wenn in den Tarifverträgen die Akkordarbeit festgelegt wird, eine Einheitsfaktoren für das ganze Reich angesetzt werden muß. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die entsprechende Vorschläge auszuarbeiten, die eingehend werden. Den Heizungsmeistern wird in ihren Branchenversammlungen darüber näher Bericht erstattet werden.

Die Konferenz beschäftigte sich weiter mit der Helferfrage. Es ergab sich, daß es auch die Meister als ihre Aufgabe betrachten, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse eine Besserstellung der Helfer anzustreben. Weiter war man der Auffassung, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Werkstattarbeiter nicht für das ganze Reich einheitlich, sondern nur örtlich geregelt werden können. Die Konferenz beschäftigte sich dann noch mit der Frage eines Reichstarifs für die Heizungsindustrie. Der Beschluß, einen Reichstarif zu schaffen, wurde bereits 1920 in Leipzig gefaßt. Die Bemühungen des Vorstandes des DVV und der damals eingesetzten Kommission waren erfolglos. Die Konferenz war der Auffassung, daß diese Frage zunächst in den örtlichen Branchenversammlungen zur Erörterung gestellt werden soll. Um die Vorarbeiten für den Reichstarifvertrag zu leisten, wurde die bereits in Leipzig gewählte Kommission ergänzt. Der Kommission für Berufsfragen des Heizungsmeisters gehören jetzt an: Hiederkirchner (Berlin), Böttcher (Miel), Mögler (Stuttgart), Fischer (Dresden), Lewi (Köln) und Striefler (Hannover). Dem bei nächster Gelegenheit der Konferenz war es möglich, entsprechende Arbeit zu leisten. Die auf der Konferenz gegebenen Anregungen müssen in die Tat umzusetzen versucht werden.

Von der Hanauer Edelmetallindustrie

Während die Unternehmer der Edelmetallindustrie ihre Bedenken vorbereiten, werden sie einen Teil der von ihnen bis auf Markt Ausgebeteten auf Pfahle oder verätzen die Arbeitszeit auf 24 Stunden und noch weniger die Woche. In der Arbeiter den Hungerriemen noch enger schnallen müssen. Das ist der Dank dafür, daß die Gold- und Silberarbeiter in Zeiten der Konjunktur 12 und 14 Stunden gearbeitet haben in dem falschen Glauben, daß sie sich durch Überstundenarbeit retten könnten. Daß dabei das Gegenteil erreicht wird, glauben die meisten nicht eher, als bis sie mit zerrütteten Nerven entlassen wurden. Die Krise der Hanauer Edelmetallindustrie ist kurzdarf; sie ist schleichend, verheerend. Heute liegt der, morgen jener auf Pfahle, unbekümmert, ob er 30, 40 oder gar 50 Jahre im Betrieb ist.

Stingt es nicht wie Pohn, wenn, wie uns berichtet wird, kürzlich ein Unternehmer, der nach außen hin mit seinem sozialen Herzen prangt, zu 30 und 40 Jahre im Betrieb beschäftigten Arbeitern jagt, sie müßten sich um andere Arbeit umsehen. Weiz der Unternehmer nicht, daß Entlassung für einen alten Goldarbeiter namensloses Leid und Elend nicht nur für ihn selbst, sondern auch für dessen Familie bedeutet? Hat das sogenannte Franzosenlohn nunmehr seinen Namen Goldgräberlohn? Ihr Lebtage haben diese alten Goldgräber in Hungerlöhne gewandelt, damit sich die Herrschaften Billon bereicheren können, nicht nur in Hanau, auch am Tegernsee, wo sie, ungeachtet von denen, die sich im Schwelge ihres Angehörigen, ihre Tage verleben, ohne sich um ihre Bedrückten zu kümmern. Das haben sie ja auch nicht nötig, solange sie ihre Anteile haben und sich die Arbeiter gegenseitig herunterschlagen. Macht einer einen Gegenstand in 20 Stunden, macht der andere, ihn in 15 Stunden zu machen. Es haben sich bei den Gold- und Silberarbeitern zahllose ähnliche Zustände herausgebildet.

Sie alle Kollegen hört man jagen, lieber tot als noch einmal in diese verwerflichen Betriebe hinein. Die Kuriositäten wähet unter den Gold- und Silberarbeitern. Die davon Betroffenen sitzen an Armen und Beinen. Die Krankheit greift in das Familienleben über. Keine frohe Stunde ist mehr im Haushalt. Wir richten die Frage an die Gold- und Silberarbeiter: Soll das so weitergehen? Willt ihr euch nicht lieber anstrengen und mit Hilfe eurer Organisation wieder menschenwürdige Zustände schaffen? Ihr könnt eure Drangsal beenden, indem ihr euch zusammenschließt im Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Dreißig Jahre gewerkschaftliche Organisation der Bäcker und Konditoren

Am 5. Juni 1886 wurde in Berlin der Verband der Bäcker Deutschlands auf freigewerkschaftlicher Grundlage errichtet. Als erster Zweck der Organisation in einer Erhebung, die von Belhel in seinem Buche „Der Kampf der Arbeiter in den Bäckerzünften“ verarbeitet wurde, den Schreier über die Puffenbewegungen hinwegzujagen, wurden die Brotzionen von einem Genuß erlöst über die unheimlichen Zustände bei der Herstellung ihres wichtigsten Nahrungsmittels. Es wurde festgestellt, daß sich die Mehrzahl der Betriebsräte in geradezu unglückseligen, narzisstischen Zuständen befanden, die Arbeitszeit ausschließlich in die Nachstunden fiel und in den allermeisten Fällen 16 bis 18 Stunden täglich gearbeitet wurde. Sonntagsarbeit war allgemein üblich. Die Wohnungs- und Verpflegungsverhältnisse waren jeder Veranschaulichung. Die kümmerlichsten Wägen wurden den Gehilfen als Schlafstätten zugewiesen und aufstehende Straußenteilen wickelten janzher.

Die Regierung wurde daranzujagen gezwungen, eine Verordnung zu erlassen, nach der die tägliche Arbeitszeit 12 Stunden nicht übersteigen durfte. Dieser Erfolg war der jungen Organisation nach 10 Jahren ihres Bestehens beschieden. Kann war die Bahn für den

gewerkschaftlichen Aufstieg frei. Die Organisation erlitt die größte Niederlage durch die in gemerblichen Arbeitsvertrag und regelte die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich. 1907 verfügte der Verband über 17 303 Mitglieder und mit Jahreschluß 1912 wurden 80 081 Mitglieder gezählt.

Die Organisation ist längst aus ihrem engen Berufsrahmen herausgetreten. Sie vereinigt heute die Arbeiterkassen in der Mehl- und Zucker verarbeitenden Industrie und führt nunmehr den Namen: Deutscher Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband. Ihre Erfolge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete sind groß. Für die Bäcker und Konditoren ist seit 10 Jahren gesetzlich die Nacht- und Sonntagsarbeit verboten; in Tarifverträgen sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gesamte Schokoladen-, Zuckerwaren- und Teigwarenindustrie allgemeinerbindlich geregelt und der Achtstundentag gesetzlich; in den Bäckereien und Konditoreien arbeiten 75 vH aller Beschäftigten zu Tarifbedingungen. Der Kost- und Logiszwang im Hause des Unternehmers ist beseitigt und das Mitbestimmungsrecht der Berufsangehörigen durch ihre wirtschaftliche Interessenvertretung — der gewerkschaftlichen Organisation — gesichert.

Zweifellos sind das bedeutende Erfolge innerhalb 40 Jahren, wenn in Betracht gezogen wird, daß das Unternehmertum bei Gründung der Organisation über die wirtschaftliche Macht ausschließlich verfügte. Das Wirken der Organisation geht weit über den engen Berufsrahmen hinaus. Die immer wieder erhobenen Forderungen auf Beteiligung der Betriebsmilitäre lagen im Interesse der Allgemeinheit der Brotzionen. Und in diesem Bestreben wurde sie tatkräftig von der organisierten Arbeiterkassen unterstützt.

Seute ist der Deutsche Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband ein starkes Glied in der Kette der allgemeinen Arbeiterbewegung. Er weiß, daß je mehr die wirtschaftliche Machtstellung des Kapitalismus bebrängt wird, um so schärfer sich die Kämpfe zwischen der Arbeiterkassen und dem Unternehmertum entwickeln werden, und ist sich eingeweiht, daß nur in der Einigkeit aller Berufsangehörigen die Stärke liegt. Das Verbandsorgan, die „Einigkeit“, erscheint aus diesem Anlaß in bester Form.

Abnahme der Arbeitslosigkeit

In der Zeit vom 1. bis 15. Mai hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 320 000 auf 274 000, das heißt um rund 14 vH vermindert. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 288 000 auf 245 000, die der weiblichen von 32 000 auf 29 000 gesenkt. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist von 437 000 auf 367 000 zurückgegangen. Die Entwicklung entspricht der Jahreszeit.

Schriftenschau

Mein Bruder Sven. Nach Briefen und Erinnerungen von Alms Gebin. Ein Prachtband mit 61 Abbildungen. Erschienen im Verlag von F. A. Brockhaus, Leipzig. Vor kurzer Zeit feierte Sven Gebin seinen sechzigsten Geburtstag, aus diesem Anlaß ist dieses Buch von seiner Schwester geschrieben worden. Der Rufm Sven Gebins ist in alle Lande gedrungen, seine magischen Forschungen haben den großen Gelehrten und noch größeren Schriftsteller unsterblich gemacht. Bis weit in Arbeiterkreise ist sein bedeutendes Werk über Transhimalaja — das Hebringebirge — gedrungen. Für viele Forscher wird das Buch willkommen sein, erfahren sie doch darin alles Wissenswerte über das Leben des großen Forschers.

Elektrisches und autogenes Schweißen und Schmelzen von Metallen. Von Dr.-Ing. F. W. Udenbach, Berlin und Orling. C. J. Lamroff, ehem. Vorleser der Tech. Hh. der Werke und Werken in Nikolajew. Preis brosch. 6 M. Verlagsgesellschaft für technische Literatur W. Krahn, Berlin W 10, Genthinerstraße 39.

Wie spare ich Kohle? Von Dipl.-Ing. F. zur Nedden. 80 S. Taschenbücher Band 1. DVV-Verlag G. m. b. H., Berlin SW 19, Dönhofsstraße 7. Geb. 2,80 M. Das kleine handliche Werk ist ein vorzügliches Mittel, aller — oft unbewußten — Verschwendung von Kohle beim Verbrauch im täglichen Leben Einhalt zu tun. Aus ihm spricht der Ingenieur und Fachmann in kurzer schlichter Form, aber unübertrefflich klar und verständlich zu allen Verbrauchern.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 14. Juni ist der 25. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. Juni 1925 fällig.

Wir ersuchen die Mitglieder um bessere Beachtung des § 4 Abs. 4 und 5 des Statuts. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich vor Annahme ihm angebotener Arbeit bei der Verwaltungsstelle, in deren Wirkungsbereich die Arbeit aufgenommen werden soll, darüber zu vergewissern, ob der Arbeitsaufnahme Gründe entgegenstehen.

Bei Ausenthaltenwechsel ist jedes Mitglied verpflichtet, sich innerhalb 14 Tagen bei der bisherigen Ortsverwaltung ab- und in gleicher Weise am neuen Aufenthaltsort anzumelden.

Keine Ortsverwaltung darf die Anmeldung von Mitgliedern annehmen, die dieser Bestimmung nicht vollständig genügt haben.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungstellen Reisegeld erheben. Das Ansuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn der Beitrags-erhebung
	I	II	III	IV	
München i. B.	20	15	10	5	23. Woche
Wien	10	10	10	—	27. "
Reichsheim	5	5	—	—	27. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Stuttgart, Adolfsstraße 16. Der Vorstandsvorsitzende

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von Heilensarbeitern nach Berlin 2; von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig (The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd., „Danziger Werk und Eisenbahnwerkstätten A.-G.“) D.; nach Norwegen 2;

2 = Lokalbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; R. = Maßregelung; W. = Mißstände; A. = Aussetzung; Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Verbandsanzeigen

München-Gladbach. Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen weiteren Geschäftsführer für den Außenbetrieb. Er muß rednerisch begabt, sicher im Verhandeln und in der Arbeitergerichtsbarkeit erfahren sein. Fünfjährige Beitragsleistung Bedingung. Gehalt nach dem Maßstab der höchsten Werbungen bis spätestens 20. Juni an die Ortsverwaltung München-Gladbach, Königsr. 18.

Druck: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adolfsstraße 16.